

Antrag

**der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Dora Heyenn, Christiane Schneider,
Kersten Artus, Dr. Joachim Bischoff, Cansu Özdemir, Heike Sudmann
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Betr.: Steinwerder

Bei der Entwicklung des Hafens setzt die Hamburg Port Authority (HPA) verstärkt auf eine neue Ansiedlungspolitik. Im Fokus stehen dabei nicht zwangsläufig klassische Hafенbetriebe beispielsweise aus dem Bereich Logistik, sondern auch Zukunftsindustrien und Produktionsfirmen, die sich positiv auf die Wertschöpfungskette auswirken. Der Hafen wird nicht länger als klassische Lager- und Umschlagsfläche betrachtet. Neben den etablierten Hafenthemen sollen auch neue Unternehmen Platz finden.

Diese Politik gilt insbesondere für den geplanten Central Terminal Steinwerder. Hier verfügt die Stadt über ein Plangebiet mit 125 Hektar Fläche. Bis 2012 sollen die Genehmigungsunterlagen vorliegen, sodass dann ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden kann. Die neue Hafenpolitik betrifft aber auch weitere Hafengebiete wie beispielsweise Altenwerder und das Reiherstiegknie in Wilhelmsburg.

Beim Mittleren Freihafen handelt es sich um ein echtes Filetstück im Zentrum des Hafens. Hafенfirmen hatten hier ihre Betriebsgrundstücke, darunter auch die mit Abstand größte Firma, die Buss Group. Ihr wird ein Bleiberecht auf ihren Anlagen noch bis 2012 zugestanden. Mit allen Betrieben soll eine einvernehmliche Lösung über eine Neuansiedlung erarbeitet werden.

Aus dem bislang sehr zerstückelten und durch große Wasserflächen gekennzeichneten Areal soll durch Aufspülung eine Gesamtfläche von rund 125 Hektar erschlossen werden. Sie soll zu einem Hafenteil mit einer hohen Wertschöpfung entwickelt werden. Herzstück eines solchen Hafенareals könnte eine rund 1,5 Kilometer lange Kaimauer werden, die Platz für vier Großcontainerschiffe bis 14.500 TEU bieten würde. Darüber hinaus ist noch eine rund 300 Meter lange Nebenkaimauer geplant, die für Binnenschiffe und Feeder-Schiffe geeignet sein könnte. Der oder auch die Betreiber des neuen Hafenteils sollen im Rahmen von internationalen Ausschreibungen ermittelt werden. Auch damit werde Neuland beschritten. Baubeginn für den CTS könnte um das Jahr 2013 sein. Die reine Bauzeit bemisst die HPA auf gut sechs Jahre.

Mit einem Mieter hat sich die HPA auf veränderte Vertragsverhältnisse geeinigt. Dieser Mieter hat dafür Zeitungsberichten zufolge 118 Millionen Euro Ausgleich aus dem Verkaufserlös der HHLA-Anteile erhalten.

Diese Summe erstaunt in ihrer Höhe aus mehreren Gründen:

Es handelt sich in diesem Gebiet lediglich um Pachtverträge und nicht um Eigentum der betreffenden Unternehmen.

Das betreffende Unternehmen hat nach unseren Informationen weder Ausgleichsflächen angefordert noch sind mit dem Unternehmen Ausgleichsflächen vereinbart worden. Daher besteht die Gefahr, dass die gegenwärtigen Arbeitsplätze dort wegfallen. In seiner Antwort auf die Kleine Anfrage 20/430 kann der Senat zur Anzahl betroffener Arbeitsplätze keine Angaben machen. Betroffen sind aber mindestens 100 Arbeitsplätze.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

1. Die Entwicklungsschritte und die Kosten gegenüber der Bürgerschaft darzulegen;
2. die weiteren geplanten Entwicklungsschritte darzustellen;
3. sich zu der Frage der Auswirkungen auf die Arbeitsplätze et cetera zu äußern.